



FASCHISMUS

4. Jahrgang
No. 7

BERICHTE UND DOKUMENTE ZUR LAGE DER ARBEITER-
SCHAFT UNTER FASCHISTISCHER DIKTATUR.

Amsterdam, den 4. April 1936.

Kriegsprofite! (ITF) In allen Ländern steigen die
===== Gewinne der Rüstungsindustrie, das
neue Wettrüsten wirft schon jetzt riesige Profite ab.
Die freien Gewerkschaften aller Länder fordern Verstaat-
lichung der Rüstungsindustrien und Fortsteuerung aller
Rüstungsgewinne. In den Diktaturen wurden die für den
Frieden kämpfenden Arbeiterorganisationen unterdrückt,

in Italien und im Dritten Reich sind denn auch die Rüstungsgewinne
mit am höchsten.

Die Partei Mussolinis hatte (in ihrem Programm vom 28. August
1919) "Nationalisierung aller Waffen- und Sprengstoff-Fabriken..
Beschlagnahme von 86% der Kriegsprofite" gefordert. Die Rüstungs-
industrie ist nicht verstaatlicht worden und die Kriegsgewinne wur-
den nicht beschlagnahmt. Die Ilva (Alti Forni e Acciaerie d'Italia
= Genua), der grösste Konzern der italienischen Schwerindustrie,
hat im Jahre 1935 den höchsten Reingewinn seit Bestehen des Konzerns
aufzuweisen, 36,5 Millionen Lirc. Der für die Kriegsmarine arbei-
tende Terni-Konzern konnte wieder 6% Dividende zahlen, der grosse
in 3 Schichten für die Armee arbeitende Autokonzern Fiat konnte
seinen Reingewinn von 24,2 Millionen auf 39,1 Millionen erhöhen
und seine Dividende von 5% auf 7 1/2% steigern. Die Isotto Fraschi-
ni - Mailand, die 1934 noch 2,3 Millionen Verlust auswies, hat durch
die Lieferung von Autos, Flugzeugen und Motoren im Jahre 1935 5,3
Millionen verdienen können. Die Snia Viscosa, der grösste italie-
nische Kunstseidenkonzern, hat ihren Reingewinn von 26,15 Millionen
auf 34,14 Millionen erhöhen können.

Wohl noch höher sind die
Aufrüstungsgewinne im Dritten Reich.

Die deutsche Rüstungsindustrie hat schon "im Jahre 1934 (bei
der "Arbeitsbeschaffung") oft sehr gut verdient, weil die Kosten-
prüfungsmaschine der Behörden noch nicht so recht klappte" (Berliner
Tageblatt, 29. Sept. 1935). Im letzten Geschäftsjahr sind die
Gewinne noch weiter gestiegen. Es stieg vom Geschäftsjahr 1932/33,
dem letzten Jahre, das zum Teil noch vor Ausbruch des Dritten Rei-
ches liegt, bis zum Geschäftsjahr 1934/35 der ausgewiesene (!)
Bruttoertrag bei den für die Aufrüstung arbeitenden Konzernen: bei
Hösch um 41%, bei Klöckner um 53%, bei Haniel (Gute-Hoffnungshütte)
um 65%, bei der Metallgesellschaft um 53%, bei Siemens um 95%, bei
Krupp um 96%.

Dieses Steigen der Bruttoerträge gibt eine Vorstellung von den Riesengewinnen der Rüstungsindustrie im Dritten Reich. Da die gezahlten Steuern der angeführten typischen Rüstungskonzerne in etwa gleichem Tempo stiegen wie die Bruttoerträge, manchmal sogar (wie bei Siemens) noch stärker, werden die Reingewinne mindestens in gleichem Masse gestiegen sein. In genauen Ziffern lassen sich bei den kunstvoll verschleierte Bilanzen der Rüstungsindustrie die Reingewinne nicht angeben. Selbst von Nationalsozialisten muss "festgestellt werden, dass grosse Produktivkapitalgesellschaften die Gewinne der Investitions- und Rüstungskonjunktur der Jahre 1933/34/35 in stillen Reserven und grossen Abschreibungen sowie durch andere Bilanzpraktiken verbergen". (Feststellung der dem Propagandaministerium nahestehenden nationalsozialistischen 'Deutsche Volkswirtschaft', 1936, Nr. 3, p. 80). "Die 1932 noch über Zusammenbruch klagten, können heute nur mit Mühe ihre Gewinne verbergen".

Das Parteciprogramm der Nationalsozialisten forderte (im Punkt 12) restlose Einzichung aller Kriegsgewinne. Die Nationalsozialisten hätten die Macht, diese Forderung durchzusetzen. Aber sie haben nicht nur den Rüstungsgewinnlern ihre Gewinne gelassen, sie haben darüber hinaus in öffentlichen Händen befindliche Rüstungsbetriebe wieder in private Hände überführt: Anfang März wurde der Staatsanteil der jetzt für die Kriegsflotte vollbeschäftigten Bremer Werft "Deschimag" an Private verkauft. Mitte März wurde der Staatsanteil am deutschen Stahltrust an die Industriellen verkauft. Sie haben die mehr als 100 Millionen RM -- es wurden keine exakten Angaben veröffentlicht -- aus den hohen Rüstungsgewinnen leicht bezahlen können. Jetzt können die Rüstungsgewinne der Industriellen noch schwerer überprüft werden. "Unsere Herzen gehören Ihnen in Dankbarkeit" versicherte der Kanonenkönig Krupp (am 27. März) dem Adolf Hitler, dem die Industriellen die Rüstungsgewinne danken.

"Für oberflächliche Betrachter". (ITF) Die "Frankfurter Zeitung",
===== die sich unter dem Schutz des
grössten deutschen Trusts, der IG-Farben, gelegentlich ein offenes
Wort erlauben kann, wendet sich gegen jene radikal sein wollenden
Nationalsozialisten, die Hitler gern zum "Sozialisten" stempeln
möchten, der wenigstens die Rüstungsbetriebe enteignet: "Es ist
nicht das Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik, die private
Organisation der Produktivkräfte und den freien Wettbewerb zu be-
seitigen. Im Gegenteil. Die Betätigung der öffentlichen Hand in
der Wirtschaft ist mehrfach durch Anweisungen der Regierung
beschränkt worden. Unternehmungen, die während der Krise an den
Staat gefallen sind, sind ganz oder teilweise reprivatisiert
worden (Stahlverein, laufende Abgabe von Grossbankaktien, neuer-
dings die Deutsche Schiffs- und Maschinenbau AG). Trotz mancher
Krisenmassnahmen, zu denen die Lage nötigte und die das Bild für
den oberflächlichen Betrachter trübten, ist also die Ablehnung
der staatskapitalistischen Planwirtschaft unverkennbar. Auch
Fälle wie die Braunkohlen-Pflichtgemeinschaft zur Benziningewinnung
stellen nur eine sehr weitgehende Investitionsleitung, keine grund-
sätzliche Beseitigung des privatwirtschaftlichen Prinzips dar. Das
Anleihestockgesetz (das bestimmt, dass Dividenden von einer be-
stimmten Höhe ab nicht mehr ausgeschüttet werden dürfen, sondern in
öffentlichen Papieren, die Eigentum des Bezugsberechtigten bleiben,
angelegt werden müssen. Red.) liegt in der gleichen Linie".
Nr. 151/2 vom 22. März 1936.)

Rom, 23. März. (ITF) In Italien wächst die Not, der Faschismus
===== versucht, sich die Gefolgschaft seiner Anhänger
dadurch zu erhalten, dass er wieder zu den radikalen Worten des
"Faschismus der ersten Stunde" zurückkehrt. Kennzeichnend für
diese Versuche ist die Rede Mussolinis vom 23. März. Mussolini
kündigte an, dass selbst nach einer Beendigung des abessinischen
Krieges für Italien kein Frieden zu erwarten sei, sondern dass ein
weiterer Krieg "eine unausweichliche Tatsache" sei. Die ganze
italienische Wirtschaft habe sich deshalb auf die Kriegsvorberei-
tung einzustellen. Die Grossindustrie, "die mittelbar oder unmit-
telbar für die Landesverteidigung arbeitet und (!) ihre Kapitalien
durch die Zeichnung von Aktien gebildet hat....., wird weder Zeit
noch Möglichkeit haben, für den zivilen Bedarf zu arbeiten, sondern
ausschliesslich oder fast ausschliesslich für die bewaffneten Kräf-
te der Nation arbeiten müssen". Deshalb sollen künftig "einige
Zweige dieser Industrien unmittelbar oder mittelbar (vom Staat)
verwaltet und andere wirksam kontrolliert (werden). Auch gemisch-

te Unternehmen sind dabei ins Auge gefasst, bei denen der Staat und Private das Kapital bilden und diese Unternehmen leiten." (Gazetta del Popolo, Turin, 24. III. 36.)

Diese radikal scheinenden Ankündigungen sind der übliche faschistische Bluff. Bereits 1930/31 hat der italienische Staat zur Entlastung der Grossbanken grosse Aktienpakete der „italienischen Industrie“ übernehmen müssen. Mehr als 5 Jahre verfügt die faschistische Diktatur durch das Subventions-„Institut für den wirtschaftlichen Aufbau“ (J R) über die Aktienmehrheit oder über massgebende Beteiligungen der wichtigsten Unternehmungen der italienischen Industrie. Geändert hat sich nichts.

Die faschistische Diktatur erklärt jetzt, sie wolle die Rüstungsindustrie kontrollieren. Doch wer kontrolliert die faschistische Diktatur? Das ist die entscheidende Frage. Das faschistische Italien wird von einer Clique des Grossbesitzes und der faschistischen Machthaber beherrscht, die Grossindustriellen, die Agnelli, Pirelli, Benni, Olivetti, Motta, die Industriekapitäne der vorfaschistischen Zeit, haben ihre Position bis heute gehalten, ja verstärkt. Der Industrielle Benni sitzt als Vertrauensmann der Grossindustrie im Kriegskabinet Mussolinis. Die Grossindustriellen haben sich bisher selbst „kontrolliert“, ihre Verluste „sozialisieren“ lassen und ihre Gewinne eingestrichen. Daran wird sich nichts ändern. Die von Mussolini angekündigte „Kontrolle“ der Rüstungsindustrie durch die von den Grossindustriellen kontrollierte Diktatur wird -- falls sie überhaupt verwirklicht wird -- die Konzentration der Rüstungsindustrie fördern und dadurch auf Kosten der kleinen und mittleren Industriellen die Stellung der Grossindustrie weiter verstärken.

Der Kardinal distanziert sich. (ITF) Der Wiener Erzbischof Kardinal
===== Dr. Innitzer hat (am 15. März) in einer Rede erklärt: „Seit Bundeskanzler Dollfuss die Parole von der Verchristlichung Österreichs ausgegeben hat, sprechen wir von einem christlichen Österreich. Man hätte vielleicht mit dieser Bezeichnung zunächst noch etwas warten und zuerst eine Übergangsbezeichnung schaffen sollen. Jetzt hat man gewissermassen einen Vorschuss gegeben, aber die Zahlungen werden nicht ganz eingehalten. Und so kommt es, dass man die Kirche und ihre Vertreter für das verantwortlich macht, was im christlichen Staate Österreich noch nicht in Ordnung ist“ (Neue Freie Presse, 16. März 1936).

Die „Verchristlichung Österreichs“ begann mit dem Bombardement der Arbeiterwohnungen Wiens. Der Wiener Kardinal hat es (am 18. März 1934) als „eine Freude“ bezeichnet, „im befreiten Wien zu leben“. Nach der Ermordung des Kanzlers Dollfuss durch Nationalsozialisten hat der Kanzler Schuschnigg mit brutaler Unterdrückung der Arbeiter das Werk dieser „Verchristlichung“ fortgesetzt. Der Kardinal stand ihm zur Seite. Die wachsende Erregung der österreichischen Arbeiter gegen das Bündnis der „christlichen Diktatur“ und der sozialreaktionären Unternehmer zwingt den Kardinal, sich vorsichtig zu distanzieren. Diese Distanzierung ist ein beachtliches Zeichen der weiteren Isolierung der christlichen Diktatoren.

Drei Viertel sagen Nein! (ITF) Insgesamt sind in Österreich
===== 924 000 Arbeiter und Angestellte gegen Krankheit versichert, 782 000 Arbeiter und 142 000 Angestellte. Die faschistische Einheitsgewerkschaft hat nun kürzlich mitgeteilt, dass von ihren 330 000 Mitgliedern 110 000 arbeitslos sind. Sie hat also nur 220 000 beschäftigte Arbeiter und Angestellte erfasst, 23% aller Beschäftigten. Mehr als 3/4 der in Arbeit stehenden Arbeiter und Angestellten stehen also ausserhalb des Gewerkschaftsbundes.

Das rote und das schwarze Wien. (ITF) Die sozialistisch verwaltete
===== Gemeinde Wien hatte aus den Erträgen einer die Vermögenden belastenden Sondersteuer vorbildliche billige Arbeiterwohnungen gebaut. Seit dem Februar 1934 wird das rote Wien von einem „christlichen Diktator“ verwaltet. Heute wird in Wien kaum mehr gebaut, die Mieten der Gemeindefwohnungen wurden erhöht, die Mieten der Neubauten sind für Arbeiter unerschwinglich. Der faschistische Staatsrat Kunschak klagte am 15. März: „Staat und Gemeinde haben den sogenannten Assanierungsfonds geschaffen, aus welchem den Bauunternehmungen, welche sich zum Umbau alter Häuser entschliessen, beträchtliche Subventionen gewährt werden. Trotz dieser Subventionen, trotz des Umstandes, dass in der Bauindustrie die Löhne im Durchschnitt eine Senkung um 30% erfahren haben, und trotz des Umstandes, dass im grossen Umfange arbeitensparende Maschinen in Verwendung stehen, werden Häuser erstellt, in welchen der Mietzins in geradezu wahnwitziger Höhe liegt“ („Österreichische Arbeiterzeitung“, 21. März 1936. Nr. 12).

Wo blieb das Geld der Arbeitsfront? (ITF) Dr. Loy hat bei seinem
===== Besuch in Danzig 6 leitende
Angestellte der Danziger Arbeitsfront hinausgeworfen, darunter den
"Finanzwalter" Pg. Karnath. Karnath klagte (am 24. März) vor dem
Arbeitsgericht gegen die Arbeitsfront, er verlangte eine Ehrener-
klärung. Der Termin musste vertagt werden, weil die Ehrenmänner der
Arbeitsfront sich noch nicht darüber ins Reine gekommen waren, wie
sie verhindern können, dass zuviel über den Verbleib der Gelder
der Arbeitsfront an die Öffentlichkeit dringt.

Bezeichnend. (ITF) Der "Völkische Beobachter", das Zentralorgan
===== der Nazi-Partei, hatte zur Reichstags-"Wahl" vom 29.
März eine Sondernummer herausgegeben, deren Hauptteil aus einem
Artikel: "Das Programm ist Wirklichkeit" besteht. Die ersten drei
ausserpolitischen Programmforderungen (Grossdeutschland, Aufhebung
des Versailler Vertrags, Kolonien) werden in dieser Sondernummer
vorsichtig verschwiegen, dafür werden in aller Breite die Heldentaten
im Kampf gegen die Juden dargestellt. Bis zum Punkt 10 hält sich die
Sondernummer an die Reihenfolge der Punkte des Parteiprogramms, dann
aber springt sie plötzlich zum Punkt 21 über. Verschwiegen werden
die Forderungen: "Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens"
(Punkt 11), "restlose Einziehung aller Kriegsgewinne" (Punkt 12),
"Vorstaatlichung aller Trusts" (Punkt 13), "Gewinnbeteiligung an
Grossbetrieben" (Punkt 14), "grosszügiger Ausbau der Altersversorgung"
(Punkt 15), "sofortige Kommunalisierung der Grosswarenhäuser" (Punkt
16), "unentgeltliche Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke",
"Todesstrafe für Wucherer und Schieber" (Punkt 17). Selbst das
Zentralorgan der Nazi-Partei wagt nicht, die "Verwirklichung" dieser
Forderungen zu behaupten.

"Der Führer hat sein Wort gehalten", steht 6spaltig über der
Sonderausgabe. -- Hitler hat sein Wort "gehalten", so wie man
es von ihm gewohnt ist...

Kleiner Betriebsunfall. (ITF) Die Meldungen von den Dividendener-
===== höhungen in fast allen Betrieben der Rüstungs-
industrie sind nicht gerade dazu angetan, die Begeisterung für das
Dritte Reich zu heben. Der Reklameminister hatte deshalb angeordnet,
dass wenigstens unmittelbar vor der Wahl Dividendenerhöhungen über
die 5%-Grenze nicht veröffentlicht werden dürften. Die Aktionäre
aber wollten trotz Wahltheater wissen, mit welcher Dividende sie zu
rechnen haben. Es kam daher zu bezeichnenden Zwischenfällen. Der
grosse Kalikonzern Wintershall z. B. liess (am 17. März) mitteilen,
dass er seine Dividende von 4 auf 5% erhöhen werde. Auf Einspruch
der Behörden musste der Vorstand eine Erklärung veröffentlichen,
dass zwar das Vorstandsbüro diese Erhöhung gemeldet habe, dass aber
"die Verwaltung grundsätzlich erst nach der Aufsichtsratssitzung
(die nach dem Wahltag stattfand. Red.) darüber Mitteilung an die
Öffentlichkeit gelangen lasse" (Frankfurter Zeitung, 27. März.

Volksgemeinschaft? (ITF) Ein (uns vorliegendes) Flugblatt der
===== NSDAP-Gaulitung Schleswig-Holstein zur "Wahl"
vom 29. März versichert: "An Stolle des Klassenkampfes trat die
Volksgemeinschaft... Durch die Einsetzung der Treuhänder der Arbeiter
werden nunmehr Massenentlassungen... von vornherein vermieden".

Der für Schleswig-Holstein zuständige "Treuhänder der Arbeit
für die Nordmark" aber beklagt sich in einer Bekanntmachung, dass
"immer wieder Entlassungen grösseren Umfangs sowie Betriebsstillegun-
gen vorgenommen würden, ohne dass die gesetzlich vorgeschriebene
schriftliche Anzeige erstattet werde" (Frankfurter Zeitung, 19. Febru-
ar).

Feststellungen. Massenentlassungen, weitere Einschränkung der
===== Notstandsarbeiter. (ITF) Der Treuhänder für das
Wirtschaftsgebiet Westfalen klagt: "In der letzten Zeit mehren sich
Entlassungsanzeigen", die von Unternehmern "vorsorglich eingereicht"
werden... "Solche vorsorglichen Entlassungsanträge tragen nur Unruhe
in die betroffenen Betriebsgemeinschaften" (Angriff, 10. März 1936).

Der Treuhänder für das Wirtschaftsgebiet Bayern beschwert sich,
dass Unternehmer immer häufiger versuchen, durch Drohung mit Massen-
entlassungen Staatsaufträge zu erpressen. ("Amtl. Mitteilungen" des
bayerischen Treuhänders, März).

Gleichzeitig teilt der Präsident der Reichsanstalt für Arbeits-
vermittlung und Arbeitslosenversicherung mit, dass bei der allgemi-
nen Finanznot "für das kommende Haushaltsjahr eine Einschränkung der
wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge, (der Notstandsarbeiten) nicht
zu umgehen sei" (Deutsches Nachrichtenbüro, 26. März 1936).

Braune Lohnsenkung -- amtlich bestätigt. Sinkende Löhne bei steigenden Gewinnen. (ITF) Das deutsche Statistische Reichsamt veröffentlicht (im 1. Märzheft von "Wirtschaft und Statistik") die Ergebnisse der Lohnerhebungen in der chemischen Industrie, in der metallverarbeitenden Industrie und in der Bautischlerei und Möbelherstellung. Diese Erhebungen sind eine amtliche Bestätigung der immer wieder geleugneten Lohnsenkung im Dritten Reich. Die Erhebung zeigt zwar nicht das ganze Ausmass des braunen Lohndrucks. Die wirklichen Arbeitsverdienste liegen noch unter den Angaben der amtlichen Erhebung: die Arbeitsverdienste wurden nach den Angaben der Unternehmer festgestellt, es war keine Nachprüfung der Angaben durch die Arbeiter möglich. Da die Unternehmer, auch wenn sie untertarifliche Löhne zahlen, Wert darauf legen, als tariftreu zu gelten, ist mit "Aufbesserung" der angegebenen Verdienste zu rechnen. Sicher ist nur, dass die Arbeitsverdienste nicht zu niedrig angegeben wurden. Doch schon diese Angaben bestätigen beim Vergleich mit den im Jahre 1934 durchgeführten amtlichen Lohnerhebungen, dass im Dritten Reich die Löhne immer weiter sinken.

Der Brutto-Stundenverdienst in der chemischen Industrie betrug nach den amtlichen Erhebungen (in Pfennigen) im Durchschnitt:

im <u>Juni 1931</u>	<u>Juni 1934</u>	<u>August 1935</u>
97,4	84,1	80,5.

Während die Brutto-Stundenverdienste der Arbeiter in der chemischen Industrie im August 1935 um 17% unter den Verdiensten des Jahres 1931, ja selbst noch um 4% unter denen des Juni 1934 lagen, stiegen nach Berechnung des Statistischen Reichsamts die Kurse der Aktien der chemischen Industrie von 1931 bis 1935 um 34%. Sie lagen noch um 17% über den Kursen des Jahres 1934.

In der Bautischlerei und Möbelherstellung betrug der Brutto-Stundenverdienst nach den amtlichen Erhebungen (in Pfennigen) im Durchschnitt

im <u>März 1931</u>	<u>März 1934</u>	<u>September 1935</u>
113,2	74,8	70,3

Der Brutto-Stundenverdienst der Arbeiter lag also im September 1935 um 38% unter dem Verdienst vom März 1931, ja noch 6% unter dem vom März 1934.

Die vorletzte Lohnerhebung für die metallverarbeitende Industrie wurde im Oktober 1931 durchgeführt. Die Lohnsenkung im Dritten Reich lässt sich hier also nicht durch amtliche Daten belegen. Doch die amtlichen Erhebungen ergeben einen erneuten Beweis für den wirklichen Geist nationalsozialistischer "Volksgemeinschaft". Der Brutto-Stundenverdienst betrug in der metallverarbeitenden Industrie im Durchschnitt

im <u>Oktober 1931</u>	<u>August 1935</u>
95,3	83,8

Während die Brutto-Stundenverdienste der Metallarbeiter seit 1931 um 12% sanken, stiegen die Kurse der Aktien der metallverarbeitenden Industrie um 13%.

Die ausgezahlten Netto-Verdienste der Arbeiter sanken weit stärker als die Verringerung der Brutto-Verdienste vermuten lässt. Seit dem 30. Januar wurden die Steuern erhöht und "freiwillige" Abgaben eingeführt (die "freiwilligen" Beiträge zur Arbeitsfront, NS-Volkswohlfahrt, Luftschutz, Winterhilfe etc.), die etwa 10% des Bruttoverdienstes ausmachen. Die Profite der Industrie dagegen stiegen wesentlich steiler an als der Kursindex erkennen lässt.

(Alle Ziffern nach "Wirtschaft und Statistik" -- Über die veränderte Erhebungsmethode des Statistischen Reichsamts vergleiche "Faschismus" 1935, Nr. 16).

Antreiberei. (ITF) Die Opelwerke berichten, dass der Reingewinn des letzten Jahres ein volles Drittel des Aktienkapitals beträgt; die Produktion stieg um 42%, der Personalaufwand, einschliesslich der Direktorengehälter, nur um 24%.

Die falsche Rechnung. Zu den "Wahlen" im Dritten Reich. (ITF) Am 29. März haben im Dritten Reich Terrorabstimmungen stattgefunden. Es stand nur eine einzige Liste zur Abstimmung, die Liste der NSDAP. Wahlbeteiligung wurde unter Einsatz der SA und der Polizei erzwungen. Der Stimmzettel liess nur die Möglichkeit zu, für die Liste zu stimmen, den Zettel blanko abzugeben oder ihn ungültig zu machen. Es wurden bei dieser Abstimmung infolgedessen keine Gegner des Systems festgestellt. Ungültigmachen des Stimmzettels war mit ausserordentlichen Gefahren verbunden. Jede antifaschistische Agitation wurde brutal verfolgt. Das Ergebnis der Terror-"Wahl" stand im voraus fest.

In fast allen grösseren Betrieben wurden Wahlkundgebungen abgehal-

ten. Nach Arbeitsschluss wurden die Ausgänge von der Werkschar, der Betriebswehr der Arbeitsfront, besetzt, Verlassen des Betriebes war nur noch bei Vorzeigen eines besonderen Erlaubnisscheins möglich. Wer ohne Erlaubnisschein hinaus wollte, wurde der Betriebsleitung und der Geheimen Staatspolizei als "Staatsfeind" gemeldet.

Wenn Hitler oder ein Minister in der Stadt oder im Nachbarort sprach, wurde in vielen Betrieben vorzeitig geschlossen. Die Belegschaften mussten abteilungsweise antreten und wurden unter Bewachung der Werkschar zum Versammlungslokal geführt. Das Fahrgeld mussten -- wie uns übereinstimmend berichtet wird -- die Arbeiter selbst bezahlen, in einigen Orten wurde ein Eintrittsgeld direkt vom Lohn abgezogen. In verschiedenen Betrieben konnte die ausgefallene Arbeitszeit nachgearbeitet werden, in andern hatten die Arbeiter neben dem Fahrgeld noch einen Lohnausfall zu tragen.

Das veröffentlichte Ergebnis der Abstimmung entspricht nicht der Meinung der Massen über das Hitler-Regime, es entspricht nicht einmal dem wirklichen Ergebnis der Terrorabstimmungen. Der Berliner Korrespondent der Londoner "Times" berichtet, dass "viele den Eindruck haben, dass die Zahl der blanko abgegebenen Stimmzettel viel grösser war als im November 1933" (als 3,3 Millionen ungültige Stimmen gezählt wurden). Blankozettel galten offiziell als "ungültig". In Berlin, Frankfurt am Main (und sicher auch in anderen Orten) wurden aber, wie die Korrespondenten der "Times" und des "Nieuwen Rotterdamischen Courants" durch Stichproben feststellten, Blankostimmzettel als gültig gezählt. Der Berliner Korrespondent der "Neuen Züricher Zeitung" berichtet: "Amerikanische Journalisten und Pressevertreter neutraler europäischer Staaten, die in einer Anzahl Berliner Wahlbezirke der Ermittlung der Resultate beiwohnten, gewannen den Eindruck, dass in Quartieren Berlins die Zahl der Neinsager bis 20 und 25% der zur Urne geschickten Stimmbeteiligten ausmachen würden, wenn die leer abgegebenen Wahlzettel in die Rubrik der ablehnenden Stimmen gefallen wären. Eine solche, seit der Gründung des Dritten Reiches noch nicht erlebte Zahl der Oppositionsstimmen bildet allerdings nicht die allgemeine Norm.... Bei aller Vorsicht in der Beurteilung muss man aber doch zum Schluss kommen, dass es der Regierung kaum gelungen ist, die Zahl der Oppositionsstimmen unter das am 19.8.1934 erreichte Mass herabzudrücken, das rund 4,3 Millionen Stimmen... ausmachte". Doch jede Stadt, jedes Wahllokal wollte ein "hundertprozentiges" Ergebnis melden können.

Dass schliesslich 99% Stimmen "für Hitler" gemeldet wurden, ist nicht nur ein Erfolg der ungehemmten Propaganda, des Terrors und der örtlichen Fälschung, sondern auch ein Zeichen dafür, für wie urteilslos der Reklameminister des Dritten Reiches das Ausland hält. Der Reklameminister, der die auf den 3. und 4. April angesetzten Vertrauensrats-Abstimmungen aus Furcht vor einer Niederlage abblasen liess, glaubt jetzt, "bewiesen" zu haben, dass die Diktatur des Volkes, insbesondere aber der Arbeiterschaft, bei aussenpolitischen Abenteuern sicher sei. Es ist möglich, dass die Führer der NSDAP schliesslich ihren eigenen Propagandalügen glauben. Aber es ist anzunehmen, dass die Armee sich ihre Gedanken darüber macht, weshalb in den Betrieben die Abstimmungen über die Vertrauensräte abgesagt werden mussten, weshalb vor der "Wahl" der Terror in den Arbeitervierteln und in den Betrieben verschärft wurde, dass sie weiss: die entscheidenden Schichten der deutschen Arbeiterschaft denken nicht daran, sich bei einer Scheinwahl zu einem lächerlichen Schein-Parlament sinnlos zu exponieren, aber sie wurden dadurch nicht zur "sicheren Gefolgschaft" Hitlers. Sie werden jede sich bietende Möglichkeit zu verschärftem Kampfe gegen die Diktatur der Sozialreaktion nutzen.

Politiker und Militärs, die das übersehen, täuschen sich über die innere Stärke der nationalsozialistischen Diktatur.

Tapfere Jungen. (ITF) Staat, Schule und Arbeitsamt versuchen im ===== Dritten Reich durch starken Druck auf Eltern und Jugendliche, Mitglieder für die Jugendorganisationen der NSDAP, die Hitlerjugend und den Bund deutscher Mädel, zu pressen. Die Hitlerjugend erhält alle möglichen Vorteile: sie allein erhält Fahrpreisermässigung, sie allein kann kostenlos staatliche Gebäude und Sportplätze benutzen und erhält öffentliche Unterstützung. Auf den höheren Schulen erhalten bedürftige Schüler Schulgeldermässigung oder volle Lehrmittelfreiheit nur noch, wenn sie Mitglied der Hitlerjugend sind. Zur Beamtenlaufbahn werden nur noch Mitglieder der Hitlerjugend zugelassen.

Die sozialistischen Jugendorganisationen und die Bünde der bürgerlichen Jugendbewegung wurden verboten, die evangelischen Jugendorganisationen werden zur Selbstauflösung gezwungen. Die katholischen Jugendvereine, die wegen des Konkordats, das das Dritte Reich mit dem Papst schloss, nicht aufgelöst werden können, werden schikaniert. Trotz allen Drucks aber setzen sich immer wieder Jungarbeiter gegen die Hitlerjugend zur Wehr. In den ersten Märztagen berichtete die Deutsche Ar-

beitsfront gleich von 2 Fällen, in denen Jungarbeiter lieber Arbeitslosigkeit auf sich nahmen, als dass sie sich in die Nazi-Jugendorganisation pressen liessen. Das Arbeitsgericht Wuppertal erklärte die fristlose Entlassung eines Lehrlings (der Bericht lässt offen, ob der Deutschen Reichsbahn oder der Reichspost) für berechtigt, da der "Verbrecher" die Hitlerjugend verächtlich gemacht hätte. Das Arbeitsgericht Fulda genehmigte die fristlose Entlassung eines Lehrlings aus einem Gemeindebetrieb; er hatte sich geweigert, bei "dieser Gesellschaft" -- gemeint war die Hitlerjugend -- auch nur einen einzigen Tag Dienst zu tun.

Wahrscheinlich glauben die Nationalsozialisten, mit diesen Methoden die tapferen Jungarbeiter vom Nationalsozialismus überzeugen zu können. Sie vergessen, dass Terror gerade die Besten im Widerstand stählt.

"Arbeiter-Führer". (ITF) Für 7 der 19 Reichsbetriebsgemeinschaften ===== der Deutschen Arbeitsfront wurden stellvertretende Reichsbetriebsgemeinschaften bestimmt. Die Leiter selbst entstammen der nationalsozialistischen Bonzokratie, die ernannten Stellvertreter sind ausnahmslos Unternehmer, Vertreter der Arbeiter gibt es in der Leitung der Deutschen Arbeitsfront nicht. Zum stellvertretenden Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft Bau wurde der Industrielle Dr. Vögler ernannt, für die Reichsbetriebsgemeinschaft Bekleidung der Industrielle Otto Jung, für die Reichsbetriebsgemeinschaft Textil der Industrielle Werner Stöhr, für die Reichsbetriebsgemeinschaft Eisen und Metall der Hamburger Werftbesitzer Rudolf Blohm, für die Reichsbetriebsgemeinschaft Druck der Unternehmer Dr. K. Seeliger, für die Reichsbetriebsgemeinschaft Leder der Industrielle Ernst Ammer, für die Reichsbetriebsgemeinschaft Banken und Versicherungen der Bankier Otto Christian Fischer und der Bruder des Reklameministers, Hans Göbbels. Bei der Schulungstagung der Reichsbetriebsgemeinschaft Bau hat der frischgebackene "Arbeiterführer" Dr. Vögler den Unternehmern mit gutem Gewissen versichern können, "kein Betriebsführer braucht Angst vor der DAF zu haben..." (Angriff Nr. 28).

Das braune Hungerreich. (ITF) Die Lebensmittelversorgung ist im ===== Dritten Reich uncinheitlich, je nachdem, ob es sich um Gebiete handelt, die viel von Ausländern besucht werden, auf die ein guter Eindruck gemacht werden soll, oder um Industriegebiete und Gebiete mit starker Erwerbslosigkeit. Aus dem Ruhrgebiet, dem typischen deutschen Industriegebiet, meldete der holländische Konsul in Essen, der regelmässig seiner Regierung berichtet, über die Lage im Januar 1936: "Einige Monate herrschte Mangel an Butter, die an die Kunden nur in begrenzten Mengen abgegeben werden konnte, während daneben auch Mangel an Fett, Speck und Margarine bestand... Als die Zufuhr aus Niederland stieg, ging der Mangel etwas zurück; doch kann nicht erwartet werden, dass der Bedarf vor Mai-Juni völlig befriedigt werden kann, und es ist dann möglich, dass von Regierungsseite Massregeln ergriffen werden, um für den kommenden Winter ... frühzeitiger und mehr (Butter) in Kühlhäuser einzulagern. Auf jeden Fall rechnet man in Kreisen von Sachverständigen damit, dass die Versorgung sehr wahrscheinlich unzureichend bleiben wird, weil für die Reserve doch nicht genügende Mengen produziert werden können und man auf Anfuhr aus dem Ausland angewiesen bleiben wird (wofür die Devisen fehlen, da Devisen für Rüstungsrohstoffe reserviert werden. Red.) ... Von Käse kann dasselbe gemeldet werden... Mit Kartoffeln sieht es im Ruhrgebiet nicht besonders günstig aus. Es wird erwartet, dass man mit den deutschen Vorräten nicht länger als bis zum Mai auskommt... Mit der Fleischversorgung ist es noch schlecht bestellt: hohe Preise, verschlechterte Qualität und unregelmässiges Angebot".

In seinem Bericht über den Februar stellt der holländische Konsul fest: "Durch die Kontingentierung und durch Abmachungen sind Handel und Verbraucher nicht mehr in der Lage, die gewünschten Mengen Lebensmittel zu beziehen. Durch den Mangel an Devisen und die Lage im Clearingverkehr muss das Publikum sich einschränken... Das Angebot von Eiern reicht nicht aus, die Nachfrage zu decken... Wegen der verminderten Kaufkraft der Massen (!) besteht kein Mangel an Gemüse, trotzdem die Anfuhr sehr gering ist...."

Eisenbahner unter dem Hakenkreuz. (I.T.F.) Für die 15.700 auf der Reichsbahn beschäftigten Arbeiter wurde die Gedinge- (Akkord-)Ordnung geändert. Seit 1914 war (mit einer kurzen Unterbrechung von 1918 bis 1920) Annahme, Entladung, Verladung und Ausgabe von Gütern gedingefähig gewesen. Die 1934 von den Nationalsozialisten erlassene "Dienst- und Lohnordnung" bestätigte, dass "in allen Dienstzweigen, in denen das Gedingeverfahren durchführbar ist, im Gedinge gearbeitet wird" (Par. 14.) Das Gedinge ermöglicht den von den Nationalsozialisten so gepriesenen Leistungslohn für Sonderleistungen. Trotzdem wurden jetzt grosse Teile der auf den Güterabfertigungen beschäftigten Arbeiter aus dem Gedinge herausgenommen. Die Ausgabe wurde vollständig, die Annahme zum Teil aus dem Gedinge ausgeschieden. Auf den 78 Dienststellen mit weniger als 16 Mann Belegschaft soll die Gedingearbeit vollständig beseitigt werden, die Reichsbahn meint, dass "bei entsprechender (!) Betriebsführung in solchen kleinen Verhältnissen die Erzielung von Sonderleistungen auch ohne Gedingearbeit möglich sein muss" (Reichsbahn-Amtsrat Hirsch in der "Zeitung des Vereins mitteleuropäischer Eisenbahnverwaltungen", 1935, Nr. 50.)

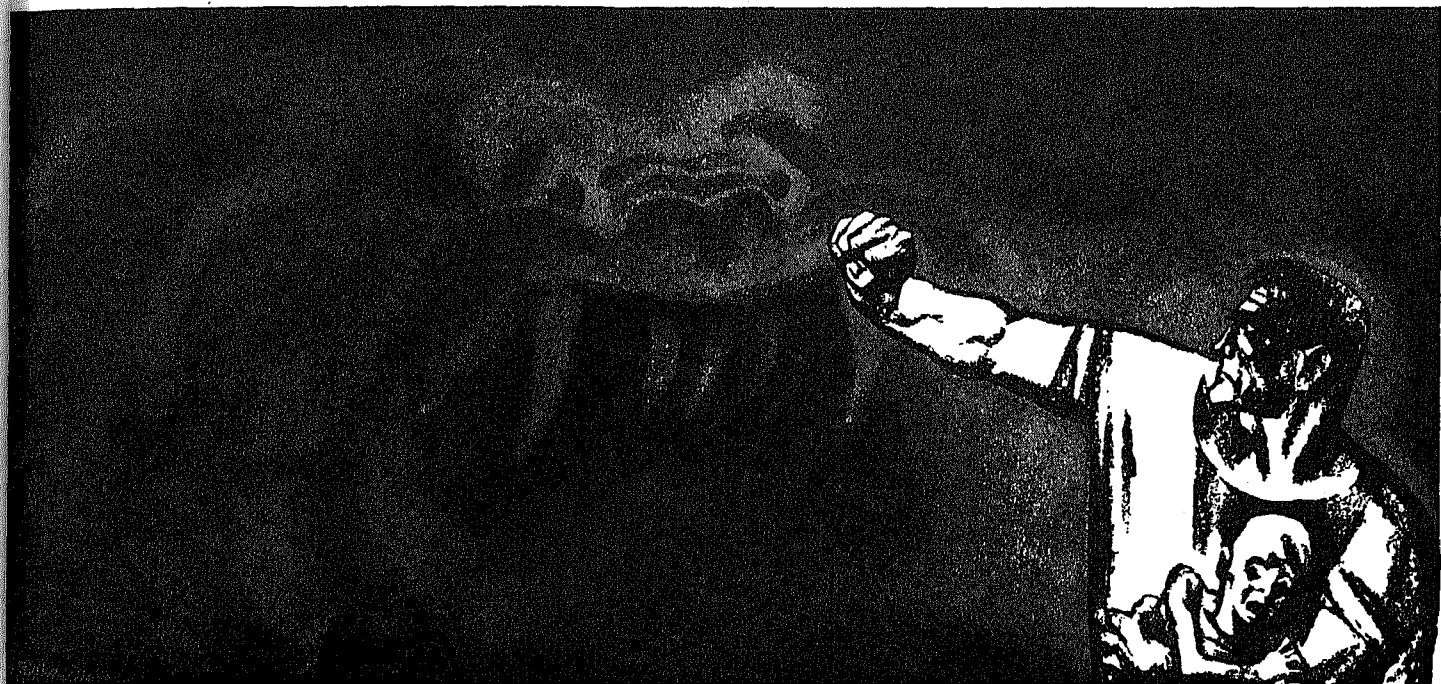
Der Verdienstausschlag der durch diese Änderung betroffenen Arbeiter ist erheblich. Den in der Ausgabe beschäftigten Arbeitern wurde sofort mit der Einführung der neuen Gedingeordnung am 1. Juli 1935 der monatliche Überverdienst auf 18 RM gekürzt, bis zum 1. Januar 1937 muss der Überverdienst in monatlichen Stufen vollständig verschwunden sein. Das bedeutet eine Lohnkürzung um ... 10 bis 15%.

Die Höhe des Verdienstes der im Gedinge Verbliebenen hängt weitgehend von dem Wohlwollen des Dienststellenleiters ab. Der von den Nationalsozialisten zerschlagene freigewerkschaftliche Eisenbahnerverband hatte durchgesetzt, dass die Stückzeiten vom Dienststellenleiter nur im Einvernehmen mit dem Betriebsrat festgesetzt werden durften. Heute kann der Dienststellenleiter die Stückzeiten selbst festsetzen, er braucht nur noch einen von der Verwaltung ernannten Gedingeobmann zu hören, ist aber an dessen Meinung nicht gebunden. Auch bei der Zusammenstellung der Verdienstgemeinschaften (Kolonnen) kann er nach Gedünken verfahren, und die einzelnen Arbeiter auswechseln. Und schliesslich kann er frei entscheiden, ob und welche Arbeiter Zeitlohnzulagen für nicht-gedingefähige Arbeiten erhalten. Das frühere Einspruchsrecht der Arbeiter ist fortgefallen.

Im "Führerstaat" sind die Eisenbahner rechtlos.

Binnenschiffer werden betrogen. (I.T.F.) Den Binnenschiffern auf den westdeutschen Wasserstrassen hat die Deutsche Arbeitsfront die alten Verbandsbücher abgenommen und ihren "Umschreibstellen" eingesandt. Ausgerechnet während dieser Zeit verlangt sie aber, dass die Binnenschiffer "auf dem Wege über die Bordkassierer eine eidesstattliche Erklärung einreichen, in der zum Ausdruck gebracht wird, von wann bis wann und mit welchen Unterbrechungen sie die Sterbekassen in Höhe von 50 Pfennigen geklebt haben". Nur die Binnenschiffer, die sich genau aufnotiert hatten, welche Beitragsmarken sich in ihren Büchern befanden, können diese Aufstellung geben. Die meisten werden aus dem Gedächtnis die Angaben machen müssen und aus Scheu vor Bestrafung wegen einer falschen eidesstattlichen Erklärung zu niedrige Angaben machen. Viele werden die Antwort hinausögern wollen, bis die Umschreibstellen endlich mit ihrer Arbeit fertig sind und eine Aufstellung über die gezahlten Beiträge in das neue Mitgliedsbuch der Arbeitsfront eingetragen haben. Deshalb hat es die Arbeitsfront schreiend/erklärt: "Wer diese Anmeldung uns nicht zum 30. Juni 1936 zugeleitet hat, und verliert seine Ansprüche an die von uns vorzunehmende Regelung der künftigen Leistung aus dem Vermögen dieser Sterbekassen". Und das ist der Zweck der Übung.

Die Deutsche Arbeitsfront findet immer neue Wege, die alten Gewerkschafter um ihre durch jahrelange Beitragszahlung erworbenen Rechte zu betrügen.



FASCHISMUS

BERICHTE UND DOKUMENTE ZUR LAGE DER ARBEITER-
SCHAFT UNTER FASCHISTISCHER DIKTATUR.

Amsterdam, den 4. April 1936.

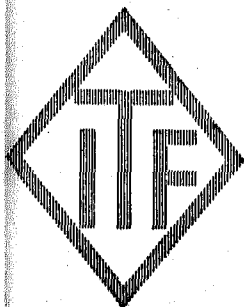
4. Beilage zur deutschen Ausgabe.

"Der Weg zur Freiheit". "Warum haben die spanischen Sozialisten soeben mit bürgerlichen Linksrepublikanern und Kommunisten zur Volksfront verbündet, die Reaktion stürzen können, die sie im Oktober 1934 so blutig niedergeschlagen hat? Es war nur möglich, weil die spanische Linke, vor allem die sozialistische Partei, trotz aller Unterdrückung verstanden hat, den Zusammenhang ihrer Organisation aufrecht zu erhalten und den Bedingungen der Unterdrückung anzupassen.

Warum sind die österreichischen Genossen, zwei Jahre nachdem die klerikalreaktionäre Diktatur sie in die Illegalität gedrängt hat, ein Machtfaktor, mit dem man auch heute bei jeder politischen Entscheidung in Österreich rechnen muss? Weil es der Diktatur nicht gelang, den organisatorischen Zusammenhalt der Arbeiterklasse völlig zu zerstören und weil die Sozialdemokraten Österreichs es verstanden haben, die Parteiorganisation mit neuen Methoden wiederaufzubauen.

Warum kann Mussolini das abessinische Abenteuer trotz aller Blutopfer und aller wirtschaftlichen Not, die es das italienische Volk kostet, bisher durchhalten? Warum bleiben die gemeinsamen Aufrufe der oppositionellen Parteiführungen aus dem Ausland ohne entscheidende Wirkung in Italien selbst? Weil es dem Faschismus in mehr als zehnjähriger Herrschaft gelungen ist, den organisatorischen Zusammenhang seiner Gegner fast völlig zu zerstören.

Die deutsche Diktatur ähnelt der italienischen weit mehr als der österreichischen und der spanischen Reaktion. Die Erhaltung der Organisation, ihr Neuaufbau entsprechend den neuen Aufgaben ist hier weit schwerer als etwa in Österreich. Um so entscheidender ist es für das Schicksal unserer Bewegung, dass die Lösung dieser Aufgabe gelingt. Um so mehr kommt alles darauf an, dass wir uns durch keine Illusionen, keine Wunderrezepte, keine Bündnisträume von dieser Aufgabe ablenken lassen: den organisierten Kern zu schaffen, durch den allein die Opposition eine Kraft werden kann, fähig die Freiheit zu erkämpfen..... Unzufriedenheit, Sehnsucht, Stimmungen sind allein noch keine Kraft. Die Freiheit muss erkämpft werden. Wir müssen uns also das Ziel setzen, die Kraft zu schaffen, die sie erkämpfen kann.



Diese Kraft fehlt heute. Der Hauptteil der Opposition existiert als verschwommene Stimmung von Menschen, die täglich einer neuen Parole des Regimes, einer neuen nationalistischen Illusion zum Opfer fallen können. Ein kleiner, ernsterer Teil von bewusst politisch Oppositionellen existiert in zahllosen kleinen Gruppen und Cliques verstreut über das Reich, mit zahllosen verschiedenen Auffassungen, isoliert voneinander. In diesem Zustand wird die Opposition keiner geschichtlichen Probe gewachsen sein. Das gilt auch für die Arbeiteropposition. Sie, die den aktiven, vorwärtstreibenden Kern der Gesamtopposition bilden müsste, hat ihr an Einheitlichkeit und organisiertem Zusammenhang bisher nichts voraus.

Diese Erkenntnis bedeutet, wenn mit ihr Ernst gemacht werden soll, für viele unserer Gruppen und Genossen die Notwendigkeit, ihre Arbeitsmethoden zu überprüfen und in wichtigen Punkten zu ändern. Allzuoft wird die Kontinuität der Organisation durch Verluste gestört, die in diesem Ausmass nicht notwendig sind. Viele Genossen haben schon praktisch die Konsequenz gezogen, den allzu ausgebreiteten Vertrieb illegaler Literatur einzuschränken. Aber wenn diesem Minus ein Plus gegenüberstehen soll, so darf die Einschränkung des Literaturvertriebs nur eine Teilmassnahme sein in der bewussten Überordnung der Erhaltung des Funktionärkörpers über eine vorzeitige Agitation nach aussen. Es ist wichtiger, zehn gute Funktionäre heranzuziehen, als 100 illegale Zeitschriften zu vertreiben...

Unsere Genossen dürfen sich nicht als Reporter fühlen, sondern als politische Vertrauensleute an dem Punkt, an dem sie stehen. Darum ist die Berichterstattung aus den Betrieben die wichtigste, weil sie uns mit dem täglichen Leben, dem täglichen Kampf der Arbeiterklasse verbindet und weil sie die Genossen zur politisch bewussten Beobachtung dieses Kampfes erzieht. Diese Beobachtungen und Erfahrungen zu sammeln, aus dem gesammelten Material gemeinsame Schlüsse zu ziehen und diese den Genossen wieder zu vermitteln, das schafft erst eine wirkliche politische Organisation. Erst wenn der Berichterstatter begreift, dass er nicht als Groucmelder missbraucht werden, sondern zu dem Gesamtbild von der heutigen Lage der deutschen Arbeiterklasse und den heute möglichen Kampfformen beitragen soll, das er selbst braucht, erst dann wird er zum illegalen Funktionär."

Aus der März-Ausgabe der illegalen sozialdemokratischen "Sozialistischen Aktion".

"Das trojanische Pferd." "Solange die Faschisten immer neue Versuche unternehmen, die von ihnen zur Niederhaltung der Arbeiterschaft errichteten Organisationen als Arbeiterorganisationen auszugeben, solange sie mit den brutalsten Mitteln versuchen, den Beitritt von Arbeitern und Angestellten in diese Organisationen zu erzwingen, so lange ist es eine der wichtigsten Aufgaben der illegalen Bewegung, den Kampf gegen die faschistischen "Arbeiterorganisationen" zu führen.

Aber wie soll er geführt werden? Dimitroff hat auf dem letzten Kongress der Kommunistischen Internationale die Taktik des trojanischen Pferdes empfohlen: man solle in die faschistischen Organisationen eintreten, sie von innen her durchsetzen und zu diesem Zweck auch Positionen in ihnen zu erobern versuchen....

Wenn Versuche, die auf Grund einer solchen Parole unternommen werden, nicht von vornherein als Manöver festgestellt und zur Verhaftung der mit ihnen Betrauten führen sollen, dann ist es unerlässlich, solche Positionen unter dem Vorwand positiver Mitarbeit zu erobern. Wir müssten also Funktionäre der Bewegung -- jeder Mitarbeiter weiss, wie sehr mit Kräften gespart werden muss -- damit betrauen, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, dass Arbeiterfunktionäre in den gegnerischen Organisationen positiv mitarbeiten können...

Und wenn nun die Genossen solche "Machtpositionen" erobert haben -- was dann? Sie hätten nun die Aufgabe, den faschistischen Charakter der Organisation, in die sie eingedrungen sind, zu enthüllen, nachzuweisen, dass die gleichgeschaltete Leitung der Organisation jede wirklich im Interesse der Arbeiterschaft gelogene Bewegung unterdrückt und dass der faschistische Staat alles unterbindet, was zu einem wirklichen Erfolg für die Arbeiterschaft führen kann. Aber kann von vielen unserer Vertrauensmänner verlangt werden, dass sie solche diplomatische Kunststücke zustandebringen und unter dem Schein positiver Teilnahme an der Organisationsarbeit in Wirklichkeit die von ihnen beeinflusste Organisation zersetzen? Und führt nicht eine solche Taktik in die Gefahr, von den Arbeitern und Angestellten selbst missverstanden zu werden -- und das in einer Zeit, in der die zielklare Gegnerschaft eines der wichtigsten moralischen und politischen Erfordernisse für den Wiederaufbau der Arbeiterbewegung ist? Wir fürchten, dass die

Führerideologie, die die Komintern früher beherrscht und die sie nicht vollständig abgestreift hat, hier eine Rolle spielt: die Vorstellung, als seien die Arbeiter Schachfiguren, die man bald hierhin, bald dorthin stellen könne, ohne ihre ganze Haltung gefährlich zu beeinflussen. Wenn wir heute, wie es die Kommunisten uns immer wieder raten, die (österreichische) Einheitsgewerkschaft und ihre Machtpositionen mit ihnen gemeinsam erobern wollen, dann kann das wenigstens in der ersten Phase dieses "Eroberungsfeldzuges", damit verbunden sein, dass in den Arbeitern und Angestellten zumindest Illusionen über Betätigungsmöglichkeiten innerhalb des Faschismus geweckt werden...

Diese Taktik des trojanischen Pferdes ist oben nicht so leicht zu handhaben. Und wie gross ist die Gefahr, dass die Insassen des trojanischen Pferdes in der gegnerischen Festung sich häuslich niederlassen, anstatt sie zu erobern! Man glaube nicht, dass die richtige Verwendung des trojanischen Pferdes davon abhängt, dass eine im Hintergrund wirkende Zentrale vorhanden ist, die diese Taktik vereinheitlicht und leitet. In Wirklichkeit muss sich der Mechanismus der faschistischen Organisationen an denen auswirken, die sich in ihm verfangen.

Wir hören schon den Einwand: soll man also die Arbeiter, die durch gesetzlichen Terror in die Zwangskameradschaften der öffentlichen Angestellten und Arbeiter gepresst werden, soll man die Arbeiter und Angestellten, die durch den faschistischen Terror und die Angst vor der Entlassung in die faschistischen Organisationen gepresst werden, allein und unbeeinflusst lassen? Soll man die Möglichkeiten, die Betriebsversammlungen des Gewerkschaftsbundes, Generalversammlungen von Konsumvereinen, die Volkshheimvorträge und -diskussionen ungenützt lassen? Soll man darauf verzichten, den faschistischen Gegner mit den Waffen zu bekämpfen, die er selbst der illegalen Bewegung bieten muss?

Nein, das sind nicht die Probleme! Es ist selbstverständlich, dass die Arbeiterbewegung dort wirken muss, wo immer Arbeiter und Angestellte sind. Es ist selbstverständlich, dass man die einfachen Arbeiter und Angestellten, die, ohne Funktionäre gewesen zu sein, faschistischen Organisationen beitreten mussten, nicht als Verräter betrachten darf und mit ihnen Verbindung halten muss. Es ist selbstverständlich, dass die illegale Bewegung überall, wo Arbeiter zusammenkommen, wo die faschistische Staatsgewalt sie ungestört zusammenkommen lässt, in der Betriebsversammlung, im Konsumvereinslokal, bei der Volkshheimvorlesung ihre Exponenten haben muss, die ihre Parolen vertreten. Aber das muss nicht in der Form geschehen, dass man Funktionäre, die das Vertrauen eines grösseren Kreises ihrer Belegschaft haben, in Funktionen entsendet, die nur besetzt werden können, wenn sich der Betreffende zumindest äusserlich und für einige Zeit mit dem System, das in der Organisation herrscht, einverstanden erklärt.

Denn das ist ja eines der Kennzeichen des faschistischen Regimes, dass in seinen Organisationen nur derjenige Funktionen bekleiden kann, der sich wenigstens in der Öffentlichkeit nicht gegen das faschistische Regime wendet. Das ist ja auch das Problem der sogenannten "freien Wahlen" im Betrieb... Wahlen im Betrieb sind nicht frei und darum ganz sinnlos, wenn vor der Abstimmung nicht volle Werbefreiheit gewährt wird, Werbefreiheit, bei der auch für Ideen geworben werden kann. Solange jeder, der im Betrieb gewählt werden will, Mitglied des Gewerkschaftsbundes sein muss und von ihm überdies bestätigt werden muss, solange er von Polizeiarrest und Kerker bedroht ist, wenn er sich zu den freien Gewerkschaften und ihren Kampfmethoden oder gar zum Sozialismus bekennt, solange also nicht die freigewerkschaftliche Agitation ohne jede Einschränkung wieder zugelassen ist, ist jede Wahl im Betrieb nichts als eine Augenauswischerei. Denn offiziell können nur Kandidaten des faschistischen Gewerkschaftsbundes gewählt werden -- und wehe dem, der sich öffentlich als Sozialist, als grundsätzlichen Gegner des faschistischen Regimes und seiner Organisationen bekennen würde!...

Es gibt noch einen taktischen Grundsatz, der schon für legale Zeiten und legale Kämpfe galt, der aber in Zeiten der Illegalität doppelt bedeutungsvoll ist, weil jede Möglichkeit fehlt, den Arbeitern kompliziertere taktische Erwägungen zu erklären: nur die einfache, eindeutige und klare Linie hat Aussicht auf Erfolg!"

Aus einem Artikel eines in der österreichischen illegalen Gewerkschaftsbewegung hervorragend tätigen Kollegen im "Kampf" (März-Ausgabe).